

# Corona, ‚harte‘ Szenen und Drogenhilfe – Zwischenergebnisse einer qualitativen Erhebung - 2. Zwischenbericht (Juni 2020)

Bernd Werse und Luise Klaus

*Am 1. April 2020 startete das Centre for Drug Research an der Frankfurter Goethe-Universität einen Online-Aufruf an die ambulante Drogenhilfe, ihre Erfahrungen im Hinblick auf Szenealltag und Hilfsmaßnahmen in Zeiten der Corona-Krise zu teilen. Schwerpunkt sind dabei urbane Szenen von marginalisierten Konsument\*innen „harter“ Drogen. Als Grundlage dient ein Leitfaden mit acht halb offenen Fragen zu diversen Aspekten des Themas; Antworten können entweder per E-Mail, Kurznachricht oder Sprachnachricht eingeschickt werden<sup>1</sup>. In diesem zweiten Kurzbericht werden weitere Ergebnisse vorgestellt<sup>2</sup>. Es werden weiterhin sehr gerne zusätzliche Berichte entgegengenommen, um die weiteren Entwicklungen verfolgen und dokumentieren zu können. Die Erhebung wird weitergeführt, solange signifikante Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund der Pandemie in Kraft sind.*

Im Erhebungszeitraum vom 20.04. bis 15.05.2020 gingen insgesamt 25 Berichte aus 15 verschiedenen Städten ein. Die Mehrheit der Berichtenden hatte bereits in der ersten Erhebungsphase partizipiert und schickte im oben genannten Zeitraum Folgeberichte; jedoch sind auch insgesamt acht Antworten aus Städten enthalten, die sich zuvor nicht beteiligt hatten. Etwas weniger als die Hälfte der Berichtenden haben eine leitende Funktion in ihrer Einrichtung, die übrigen sind z.B. Mitarbeiter\*innen aus Streetwork, PSB, Kontaktladen oder Beratung. Zudem gab es einen Bericht eines substituierenden Arztes. Es zeigen sich wiederum geographische Schwerpunkte: Vergleichsweise viele Berichte kamen aus dem Süden Deutschlands, gefolgt von Norddeutschland und Hessen. Der Westen ist hingegen nur in geringem Maße vertreten, Ostdeutschland gar nicht.<sup>3</sup>

Aus knapp der Hälfte der Städte wird wie schon im ersten Bericht über eine grundsätzlich schlechtere **Stimmung in der Szene** berichtet, was sich u.a. in gestiegenen Aggressionen, größerer Verunsicherung und einem Sich-Abgehängt-Fühlen äußert. Mehr Mitarbeiter\*innen als noch in der ersten Befragungsphase berichten zudem, dass die Existenz des Virus bzw. die Gefahr, die davon ausgeht, zunehmend in Frage gestellt wird – vereinzelt wurden in diesem Zuge auch Verschwörungstheorien unter den Drogenkonsumierenden laut – was zu einem größeren Nicht-Befolgen der Hygiene- und Abstandsregeln führe. Ohnehin würden z.B. Masken – wenn sie getragen werden – nicht selten heruntergezogen (etwa zum Rauchen). Ein Mitarbeiter wies darauf hin, dass die Stimmung mit der in der Gesamtbevölkerung vergleichbar sei, „von sehr besorgt und ängstlich bis verharmlosend“. Bisweilen wird von einem gestiegenen Alkoholkonsum in der Szene berichtet. In einigen Städten wird eine verbesserte Stimmung in der Szene beobachtet: die „krisenerprobten“ Konsumierenden hätten sich mit der Situation weitgehend arrangiert und die Lockerung der Corona-Einschränkungen wirke sich ebenfalls positiv auf die Stimmung aus.

---

<sup>1</sup> Siehe [https://www.uni-frankfurt.de/87183679/Corona\\_Drogenhilfe\\_Ank%C3%BCndigung\\_1.pdf](https://www.uni-frankfurt.de/87183679/Corona_Drogenhilfe_Ank%C3%BCndigung_1.pdf)

<sup>2</sup> Der erste Zwischenbericht ist unter folgendem Link abrufbar: [https://www.uni-frankfurt.de/87732215/Corona\\_und\\_Drogenhilfe\\_Zwischenbericht.pdf](https://www.uni-frankfurt.de/87732215/Corona_und_Drogenhilfe_Zwischenbericht.pdf)

<sup>3</sup> Es wäre wünschenswert, demnächst insbesondere aus diesen Regionen Berichte zu erhalten, die gerne auch retrospektiv die letzten Wochen bzw. Monate berücksichtigen können.

Die Möglichkeiten des „**Geld machen**“ werden weiterhin als stark eingeschränkt eingeschätzt: Fläschensammeln, Betteln, Prostitution usw. können nach wie vor nicht im gewohnten Umfang ausgeübt werden. Vereinzelt wurde aber auch darauf hingewiesen, dass sich diese Schwierigkeiten mit den Lockerungen wieder abgeschwächt hätten. Eine Einrichtung betont, dass die Klient\*innen ohne die zivilgesellschaftliche Unterstützung (z.B. Gabenzäune) und (insbesondere zu Beginn der Pandemie) erhöhte Spendenbereitschaft nur schwer auskommen würden, da zusätzlich viele niedrigschwellige Hilfsangebote zur Essensversorgung etc. vorübergehend geschlossen oder zumindest stark eingeschränkt wurde. Die Spendenbereitschaft habe im Verlauf der Pandemie nachgelassen.

Die Einschränkungen im Hinblick auf den **Drogenschwarzmarkt** werden hingegen insbesondere mit zunehmender Dauer der Lockerungen als vergleichsweise gering eingeschätzt. Mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden, die dazu Angaben machten, sehen überhaupt keine Einschränkungen (mehr). In insgesamt acht Berichten wird eine leichte Verknappung auf dem Drogenschwarzmarkt beobachtet, wobei diese vereinzelt auch auf die zurückgegangene Präsenz der Dealer\*innen im öffentlichen Raum zurückgeführt wird. Analog dazu wird vereinzelt mehr Drogenhandel im Privaten vermutet. Eine Mehrheit der Mitarbeitenden berichtet, dass die **Preise** leicht, vereinzelt auch stark gestiegen seien. Teilweise seien auch nur die Preise einzelner Substanzen wie Cannabis, Kokain oder illegal gehandelter Benzodiazepine gestiegen. Es wurde darauf hingewiesen, dass trotz der nur geringfügigen Preisschwankungen der Substanzen das Einkommen der Konsument\*innen jedoch aufgrund der fehlenden Finanzierungsquellen stark eingeschränkt sei. In einer Stadt wird mit Sorge beobachtet, dass die Konsument\*innen zunehmend auf synthetische Cannabinoide und Fentanyl als billigere Alternativen zu Cannabis bzw. Heroin umsteigen würden. Demgegenüber wurde aus einer weiteren Stadt über eine wieder schlechtere Verfügbarkeit von „Badesalzen“ und synthetischen Cannabinoiden berichtet, während gleichzeitig das „Original“ Cannabis an Bedeutung gewonnen habe. In einem Bericht wurde indes der Verdacht geäußert, dass dort mit synthetischen Cannabinoiden angereicherte Cannabisblüten kursierten, die ein hohes Überdosisrisiko mit sich brächten.

Wurde im ersten Zwischenbericht noch kein bestätigter Fall einer Sars-CoV-2-Infektion gemeldet, wurden inzwischen aus einer Stadt in Norddeutschland **ein bestätigter Fall einer Sars-CoV-2-Infektion** bekannt. In anderen Berichten wurde vereinzelt die lange Wartezeit für Tests bzw. Testergebnisse bei Verdachtsfällen bemängelt, die jedoch im Endergebnis immer negativ waren.

Die **Drogenhilfeeinrichtungen**, die zu Beginn der Covid-19-Pandemie auf einen „Notbetrieb“ umgestellt hatten und nur noch eine Basisversorgung aufrechterhalten konnten, berichten mittlerweile größtenteils von einer **schrittweisen Lockerung der getroffenen Maßnahmen**. Zwar ist ein längerer Aufenthalt in den Einrichtungen weiterhin nicht möglich und ein Großteil der Beratungsarbeit läuft weiterhin telefonisch, jedoch berichten einige Einrichtungen, dass sie nach baulichen Maßnahmen wie der Installation von Spuckschutz, Verwendung von Masken etc. teilweise auch wieder Klient\*innen zu persönlichen Beratungen treffen. Vereinzelt wurde über Schwierigkeiten bei der Umsetzung berichtet, u.a. aufgrund von Lieferengpässen bei Schutzmaterialien oder mangelnden finanziellen Mitteln dafür, die aber wiederum durch Spenden aufgefangen werden konnten. Die **Straßensozialarbeit** findet weiterhin statt; jedoch werden größere Ansammlungen gemieden, um die Abstandsregeln gewährleisten zu können. Aus zwei Einrichtungen wurden von innovativen Anpassungsmodellen der Kontaktarbeit berichtet: „Spaziergänge“ als neues Beratungsangebot sowie ein „Drive-by-Streetwork“, bei dem Sozialarbeiter\*innen im Auto in den bekannten Szenevierteln unterwegs sind.

Der im ersten Zwischenbericht vermeldete Mangel an Schutzkleidung scheint mittlerweile behoben, die **Belastung für die Mitarbeiter\*innen** der Drogenhilfe wird jedoch von der Mehrheit weiterhin als hoch beschrieben, da sich immer noch viele Mitarbeitende im Home-Office befänden und der sonst regelmäßige, persönliche und auch informelle Austausch unter Kolleg\*innen wegfiel. In einem Fall

wurde beklagt, dass die getroffenen Maßnahmen die jahrelang aufgebaute Beziehungsarbeit mit den Klient\*innen gefährde, da diese auf Dauer telefonisch nur schwer aufrecht zu erhalten sei.

Aus etwas mehr als der Hälfte der Städte wird berichtet, dass Ärzt\*innen die empfohlenen Lockerungen der **Take-Home-Regelung für Substitutionsmittel** derzeit umsetzen. Teilweise werden die zuvor getroffenen Lockerungen wieder zurückgefahren, u.a. da die Klient\*innen „nicht damit umgehen können“. Zudem wird vermeldet, dass einige derer mit Take-Home-Substitution diese eigenständig herunterdosieren würden, um sich einen „Notvorrat“ anzulegen oder einen Teil illegal weiterzuverkaufen. Aus anderen Städten wurden insbesondere bei „stabilen“ (z.B. berufstätigen) Klient\*innen positive Erfahrungen mit Take-Home-Regelungen gemacht. Regelungen zur Substitution von Nicht-Versicherten, insbesondere in größeren Städten, wurden vereinzelt eingeführt. Insgesamt sei das Interesse an einer Substitution seit Beginn der Coronakrise gestiegen. Zwei Einschätzungen zu sogenannten Depotspritzen fallen unterschiedlich aus: in einem Fall wurde berichtet, diese „wirken nicht so gut“, in einem anderen wurde die bevorstehende Einführung der Depotsubstitution begrüßt.

Als **Maßnahmen für Obdachlose** berichtet eine Mehrheit, dass vorübergehende Unterbringungen in Hostels oder Hotels ermöglicht oder bürokratische Hürden der Vermittlung von Schlaf- und Wohnplätzen abgebaut wurden. Vereinzelt gab es zusätzliche Maßnahmen speziell für Frauen. Aus drei anderen Städten wird jedoch auch vermeldet, dass keine ausreichenden Maßnahmen getroffen wurden. In einem Bericht wird der „Ausschluss von Nichtleistungsberechtigten in der Unterbringung“ scharf kritisiert. Zudem wurde aus einer Stadt berichtet, dass die zuvor eingerichteten zusätzlichen Notschlafplätze bereits wieder sukzessive zurückgefahren würden. Generell ist die Situation für obdachlose Drogenkonsument\*innen weiterhin besonders prekär, da es an Einkommen, Hygienemöglichkeiten und kostenfreier Essensversorgung mangelt.

Im Vergleich zum Zwischenbericht der ersten Erhebungsphase, in dem der **Aufenthalt von Szeneangehörigen im öffentlichen Raum** vornehmlich vor den Einrichtungen beobachtet wurde, scheinen mittlerweile die „üblichen“ Szenetreffpunkte wieder etwas häufiger frequentiert zu werden. Nichtsdestotrotz wird weiterhin von einer Vereinzelung, bzw. kleineren Grüppchenbildungen im gesamten Stadtgebiet berichtet. Die Abstands- und Hygieneregeln werden insbesondere bei größeren Treffen weiterhin nur schwer eingehalten. Von den Konsumierenden in einer Stadt wurde diesbezüglich angemerkt, dass die Gruppengröße im öffentlichen Raum kaum steuerbar sei. Auch von Mitarbeitenden der Drogenhilfe wird immer wieder betont, dass insbesondere im öffentlichen Raum und für obdachlose Personen die Hygiene- und Abstandsregeln nur schwer anwendbar sind. Teilweise wird von den Klient\*innen auch Unverständnis über Abstandsregeln, Masken etc. geäußert.

Die **Aktivitäten der Ordnungsbehörden** werden von den Mitarbeitenden der Drogenhilfe sehr unterschiedlich eingeschätzt. Knapp die Hälfte beschreibt das Vorgehen von Polizei und Ordnungsamt als vergleichsweise tolerant: die Beamt\*innen würden Grüppchenbildung im öffentlichen Raum entweder dulden oder aber versuchen aufzulösen, ohne jedoch Bußgelder o.ä. zu verhängen. Ebenfalls etwas weniger als die Hälfte berichtet demgegenüber von einem rigorosen Vorgehen der Ordnungsbehörden, dem Ausstellen von Bußgeldern und Platzverweisen etc. Kritisiert wurde hierbei zum Teil, dass die kontrollierenden Polizist\*innen keinen Mundschutz tragen, was einerseits eine „schlechte Vorbildfunktion“ habe, andererseits ein vermeidbare Infektionsgefahr für die Konsument\*innen darstelle, die oft einer Risikogruppe angehören. Teilweise würde ein nennenswertes Infektionsrisiko erst durch das Eingreifen mehrerer Polizist\*innen ohne Abstand und Mundschutz erzeugt. Zum Teil wurde berichtet, dass die Polizeipräsenz zu Beginn der Einschränkungen deutlich geringer gewesen sei, mittlerweile aber wieder deutlich mehr Kontrollen stattfänden. In anderen Städten wurden aber auch gegenteilige Entwicklungen insofern beobachtet, als die Polizei mehr dulde und weniger hart durchgreife.

Ansonsten wurde aus einer Stadt erwähnt, dass Sexarbeit gefährlicher worden sei, da diese mehr im Verborgenen stattfinde; Gewalt seitens der Freier habe bereits zugenommen. Einige der Mitarbeiter\*innen äußerten Wünsche zur **Verbesserung der Situation**: Dazu gehört zum einen eine generell bessere (Vorrats-) Ausstattung, um für eine mögliche neue Krise vorbereitet zu sein, zum anderen der Wunsch nach unbürokratischerer Zusammenarbeit mit Behörden. Außerdem gab es den Vorschlag an den Gesetzgeber, auch ALG-II-Bezieher\*innen mit Einmalzahlungen zu unterstützen.